

II- 877 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
 XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 30. Mai 1972 No. 476/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. GRUBER, *Staudinger*  
 und Genossen

an den Bundesminister für Landesverteidigung  
 betreffend Regierungspropaganda gegen oppositionelle Kritik  
 mit Steuergeldern.

In verschiedenen Tageszeitungen erscheint seit einiger Zeit eine  
 Serie von Inseraten zur Anhebung des Bundesheeransehens in der  
 Öffentlichkeit. So erschien etwa am 10. Mai 1972 in den österrei-  
 chischen Tageszeitungen folgendes Inserat:

"Reden? Ja!

Zerreden? Nein!

Wir leben in einer  
 Demokratie! Gott sei Dank!  
 Das heißt viele Meinungen  
 haben, anhören, durchdisku-  
 tieren. Es wird bei uns  
 noch immer zu wenig geredet,  
 aber leider zu viel zerredet.  
 Wirtschaftlich, kulturell, aber  
 auch militärisch. Denn zum  
 Reden braucht man profunde  
 Kenntnisse, zum Zerreden  
 vielleicht nur ein wenig bla bla.  
 Daher ist Reden schwieriger.

Das Österreichische Bundesheer-  
 für faire und  
 konstruktive Kritik  
 immer  
 zu haben."

Es handelt sich bei diesem Inserat um eine aus Steuergeldern fi-  
 nanzierte Werbung die leider so auszulegen  
 ist, daß in der Diskussion um die Reform des Bundesheeres die Pro-  
 bleme nicht einem demokratischen Stil entsprechend durchdiskutiert,

sondern zerredet wurden. Ferner wird die zu leistende Diskussion um das Bundesheer ("faire und konstruktive Kritik") an "profunde Kenntnisse" gebunden, was eine Einschränkung des in der Verfassung grundgelegten Demokratieverständnisses bedeutet. Denn es ist in Österreich jedem Staatsbürger, jedem Funktionär, jedem Abgeordneten möglich und gestattet, zu allen politischen Fragen, also auch des Bundesheeres und der Bundesheerreform, kritisch Stellung zu nehmen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

A n f r a g e :

- 1) Handelt es sich bei dieser Inseratenserie um eine Kampagne zur sachlichen Aufwertung des Bundesheeres in der Öffentlichkeit oder bereits um aus Steuergeldern finanzierte Regierungspropaganda gegen oppositionelle Kritik?
- 2) Werden Sie in Hinkunft bei derartigen Werbemaßnahmen darauf achten, die Aufwertung des Bundesheerimages nicht durch eine Abwertung staatsbürgerlicher Rechte vorzunehmen?
- 3) Welche Kosten sind für die gegenwärtig in den österreichischen Zeitungen laufende Inseratenkampagne dem Bund erwachsen?